

Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich. Frei ins Haus geliefert; durch die Post im innerdeutschen Verkehr M. 4.05 und 90 Pfg. Postbestellgeld. Anzeigenpreis: die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen 75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Abz.ignannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 20, in Calmbach durch die Ansträgerin.

Druck und Verlag der W. H. B. der Verlagsdruckerei Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 33.



Nr. 13

Samstag, 17. Januar 1920

Jahrgang 54

Sonntagsgedanken.

Die Saat wird grünen.

Es wächst viel Brot in der Winternacht, weil unter dem Schnee frisch grünet die Saat; erst wenn im Lenze die Sonne lacht, spürst du, was Gutes der Winter tat. Und denkt die Welt dir öd' und leer, und sind die Tage dir rauh und schwer: sei still und habe des Wandels acht: es wächst viel Brot in der Winternacht. F. W. Weber.

Wochenrundschau.

Am 10. Januar nachmittags 5 Uhr 15 — nach mitteleuropäischer Zeit — ist der Friede von Versailles in Kraft getreten. Er wird, so hoffen wir, die deutschen Befangenen der Heimat bald wiedergeben. Die Angaben über die Anzahl schwanken zwischen 410 000 und 450 000. So manchen von ihnen hat die barbarische Grausamkeit des Feindes hingewürgt, Tausende schlummern in fremder Erde, erlöst von den Qualen der Kriegsgefangenschaft. War es denn überhaupt noch eine Kriegsgefangenschaft? Nein, und tausendmal nein! Nach dem Völkerrecht können die Gefangenen mindestens seit einem Jahr freigegeben werden müssen, so wie auch Deutschland die viel größere Zahl seiner Kriegsgefangenen freigelassen hat. Die Befangenen bildeten vielmehr für die Feinde nur ein Instrument zu unerhörten Exzessen ein ganzes Jahr hindurch. Und der Friede! Er ist mit dem Rudmädigen und entehrenden Auslieferungsbegehren belastet, einer Ungehörlichkeit, deren sich nachgerade die Feinde selbst zu schämen beginnen. 6000 Deutsche wollten sie ihrem „Gericht“ unterwerfen, um an ihnen Justizmorde zu begehen wie an den Brüdern Röchling. Wohl unter dem Eindruck der vernichtenden Kritik, die der amerikanische Senat an dem Friedensvertrag übte, wurde die Zahl auf 3600 herabgesetzt; dann wurden es 1400, neuerdings wurde die Zahl auf 850 oder nach der letzten Meldung auf 600 vermindert. Das sind immer noch um 600 zu viel. Kein Deutscher im Reich soll einem fremden Gericht überliefert werden, keinem Deutschen darf der ordentliche deutsche Gerichtsstand entzogen werden, das ist ein Hauptgrundlag der neuen Reichsverfassung, den zu respektieren auch der Feind die Pflicht hat. Von den übrigen Friedensbedingungen zu reden, erübrigt sich. Besser konnte man den Frieden, der ein Unfrieden ist, nicht kennzeichnen, als es wiederum im Senat zu Washington geschah. Als dort beantragt wurde, als Einleitung zum Friedensvertrag einen Satz über die Erziehung von Gottes gnädiger Günst hinzuzufügen, sagte der Senator Thomas: „Ich bin nie dafür gewesen, dem lieben Gott die Verantwortlichkeit für alle Sünden und Schlechtigkeiten der Menschen aufzubürden,“ und der Senator Borah erklärte: „Wer auf dieses Dokument den Segen des Himmels herabsieht, der ist der Gotteslästerung schuldig.“ Senator Snodgrass fügte hinzu: „Auch mir fällt der Vertrag nicht, aber eben deswegen möchte ich den Allmächtigen anrufen, daß er wenigstens seine Ausführung überwache.“ — Der Vertrag ist unterschrieben und in Kraft. Aber wir alle wissen, daß er nicht erfüllbar ist. Darum sagte der Abg. Petersen auf dem demokratischen Parteitag in Stuttgart mit Recht: „Wir werden nicht müde werden, gegen den Frieden von Versailles anzukämpfen mit allen Gründen des Rechts und der Gerechtigkeit.“ Den Millionen deutscher Volksgenossen, die der Friedensvertrag zum Vohn auf das „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker unter fremde Herrschaft zwingt, hat die Reichsregierung warme Worte des Abschieds zugerufen und sie aufgefordert, die deutsche Keimzelle zu vergeffen noch zu verleugnen, wie auch Deutschland ihrer nicht vergeffen wird.

Um die Valutafrage zu studieren und auf Mittel zu finden, wie dem Tiefstand des Marktes abzuheben sei, ist vor einiger Zeit eine Kommission in Berlin eingesetzt worden, die nun das Ergebnis ihrer Beratungen bekannt gegeben hat. Es ist, wie man voraussehen konnte, blutwenig dabei herausgekommen, denn was erforscht und erdacht wurde, das sind solche Selbstverständlichkeiten, daß man sich fast wundern muß, daß zu ihrer Entdeckung so viele Zeit gebraucht wurde. Daß die Armut meistens von der Povertheit herkommt, das wissen wir seit Fritz Reuter so ziemlich genau. Und daß man bei schlechter Valuta möglichst wenig, namentlich keine Luxusartikel, vom Ausland kaufen, dagegen Dinge, die man nicht braucht, oder die man im Ueberfluß hat, oder die man mit Gewinn herstellen kann, zu guten Preisen ins Ausland verkaufen soll, das ist auch nichts Neues mehr. Mit solchen Erfindungen kommen wir keinen Schritt vorwärts. Der Valutanot läßt sich überhaupt nicht mit Unterredungen und Entschickungen beikommen; gegen sie gibt es nur ein Mittel, das die Valutakommission auch empfiehlt: „Es muß nicht nur überhaupt mehr gearbeitet werden, sondern auch mehr als in den Ländern, die den Krieg gewonnen haben.“

Das ist der wunde Punkt in Deutschland. Man spricht wohl davon, daß die Arbeitsluft gegenüber dem Zustand vor einem halben Jahr jugendlicher habe, das in vielen Zweigen trifft dies zweifellos zu. Aber was nützt das, wenn die Kohlenförderung immer zurückbleibt und die vorhandenen Vorräte nicht dem Verbrauch zugeführt werden, weil in Nord- und Mitteldeutschland und in Schlesien viele Tausende von Arbeitern und Eisenbahnern streiken und Millionen freier Hände das Arbeiten unmöglich machen! Die Reichsregierung und die preussische Regierung haben sich bereit erklärt, auch die neuesten Forderungen zu erfüllen und den Eisenbahnern einen Tagelohn von 24.80 Mark bis 28 Mark für ungelernete und gelernte Arbeiter neben Teuerungszulagen und sonstigen Vergünstigungen bei 48stündiger Arbeitswoche zu gewähren, und die Teuerungszulagen der Beamten um 150 Prozent zu erhöhen. Das macht, wie die Regierung mitteilt, ein Mehraufwand von mehreren Milliarden aus, eine Versechsfachung der Friedensstarke für Personen und Güter. Und doch wird gestreift. Eindringlich warnt die Regierung und stellt die Gefahren nach innen und außen vor Augen; sie mahnt, daß die Arbeiter den Verfahren nicht Gehör schenken sollen, denn nicht um die Erlangung berechtigter wirtschaftlicher Notwendigkeiten könne es sich handeln, nachdem die Lohnhöhung bewilligt sei, sondern das Ziel der Agitatoren sei politischer Art. In vielen Fällen sind die wohlgemeinten und leider nur zu berechtigten Warnungen der Regierung auf fruchtbareren Boden gefallen. Zumeist aber wurden sie nicht gehört. Die schier unerklärliche nervöse Erregung, die in weiten Schichten seit einiger Zeit bemerkbar ist — nicht bloß in Arbeiterkreisen —, läßt sich durch Verunsichernde schwer beschwichtigen und scheint zu Explosionen zu drängen. So kam es im rheinischen Grenzrevier, in Hamborn, wieder zu schweren und blutigen Kämpfen, die noch gefährlicher waren als jene Aufsehensszenen im vorigen Winter. Der Telegraph hat auffallenderweise nichts darüber berichtet; ein gutes Zeichen ist das wohl nicht. Unsonst hat jedenfalls die Regierung nicht den Belagerungszustand über ganz Nord- und Mitteldeutschland verhängt, sie möchte wohl befürchten, daß die Götter, die in noch so manchem Herd glocken, weiter greife und zum Feuerbrand sich entzündet. Die Vorgänge in Berlin am 13. Jan. haben gezeigt, wie rasch sich solche Brände entwickeln können. Wenn der Reichskanzler Bauer recht hat, dann sollten die Abgeordneten der Nationalversammlung massakriert und die Herrschaft des Proletariats errichtet werden, wir hätten also eine Wiederholung der Vorgänge im bayerischen Abgeordnetenhause vom April vorigen Jahres, aber in entsetzlichem Ausmaß, erleben müssen. Die Wachsamkeit der Regierung hat den Anschlag vereitelt. Aber leider ist viel Blut geflossen. Zwei Mann der Sicherheitswehr wurden getötet, 10 verwundet und zwei verkleidet; einen der letzteren fand man gefesselt in einem Keller. Von den Gehirnanfängern, die zur Errichtung des Reichstagesgebäudes aufgestellt waren, bezahlten 42 ihre Unbesonnenheit mit dem Leben, einige Hundert wurden verwundet. Die „Mörder“ aber hielten sich an sicherem Ort und gaben das Angriffszeichen durch Lächerlichkeiten. — Die Berliner Ereignisse vom 13. Januar sind eine ernste Lehre. Solange noch

solche Unbesonnenheiten in Deutschland möglich sind, wird es mit der Valuta und der Teuerung nicht besser.

Deutsche Nationalversammlung.

Zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes.

Berlin, 15. Jan.

Von den 106 Paragraphen des Betriebsrätegesetzes sind etwa 50 in zweiter Lesung heute angenommen worden. Die Abstimmung über den Paragraphen 20, der das Wahlalter bestimmt, wurde allerdings ausgesetzt und soll morgen vorgenommen werden. Ein Antrag der Deutschnationalen will nämlich das Alter für die Teilnahme an der Wahl der Betriebsräte vom 18. (wie es im Gesetzentwurf vorgesehen ist) auf das 20. Lebensjahr hinaufsetzen. Augenscheinlich fand der Antrag auch bei nicht wenigen Mitgliedern der bürgerlichen Mehrheitspartei Anklang und das Ergebnis der Abstimmung erschien zum mindesten zweifelhaft. So wird man den Fraktionen noch einmal Gelegenheit geben, unter sich zu der Frage Stellung zu nehmen. Ein Antrag der Unabhängigen, das Wahlalter auf das 16. Lebensjahr herabzusetzen, hatte natürlich nur den Zweck, die Verhandlungen zu verschleppen, wie sich doch die Fraktion der Unabhängigen die erdientliche Mühe hat, der Verabschiedung des Gesetzes Steine in den Weg zu legen. Das ist ihr bisher auch gelungen. Es war beabsichtigt, das Betriebsrätegesetz am Samstag oder längstens in einer Sonntags Sitzung in dritter Lesung zu verabschieden, da am Montag das Reichstagesgebäude dem Zentrum für seinen Parteitag zur Verfügung gestellt ist und vom Dienstag ab der Rest der Finanzreform erledigt werden sollte. Bis jetzt sind aber, wie bemerkt, erst knapp 50 Paragraphen in zweiter Lesung unter Dach und Fach gebracht und es muß gut gehen, wenn die zweite Lesung überhaupt noch in dieser Woche, den Sonntag eingeschlossen, zustande kommt. An die Verabschiedung in dritter Lesung ist unjoweniger zu denken, als nach der Geschäftsordnung zwischen der zweiten und dritten Lesung ein Zeitraum von 24 Stunden liegen muß. Davon kann nur abgewichen werden, wenn alle Fraktionen zustimmen, was aber in diesem Fall ausgeschlossen ist. So wird also mindestens die dritte Lesung, wenn nicht noch ein Teil der zweiten Lesung erst in nächster Woche stattfinden können.

Stettin, 16. Jan. Trotz des Belagerungszustands sind hier anlässlich der Berliner Vorgänge Massenkundgebungen durch die Radikalen veranstaltet worden.

Berlin, 16. Jan. Der „Gedenktag“ für Liebknecht und Rosa Luxemburg (die bekanntlich am 15. Januar v. J. getötet wurden) ist ruhig verlaufen. Etwa 5000 Personen sammelten sich auf dem Friedrichsplatz, wo Ansprachen gehalten und Hochrufe „auf den Geist Liebknechts und der Rosa Luxemburg“ ausgebracht wurden.

Mißbilligung.

Berlin, 16. Jan. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung sprach gestern dem Vorkseher Wehl wegen seiner Amtsführung scharfe Mißbilligung aus. Nur die Unabhängigen traten für ihn ein.

Bereinigung Koburgs mit Bayern.

München, 16. Jan. Der Vertrag über den Anschluß Koburgs an Bayern ist abgeschlossen.

Das Betriebsrätegesetz.

München, 16. Jan. Der bayerische Industriellenverband erklärt die Behauptung der „Munch. N. N.“, die bayerische Industrie stehe dem Betriebsrätegesetz freundlicher gegenüber, als die norddeutsche, für unwahr und für eine Ironisierung der öffentlichen Meinung.

Der Prozeß Arco.

München, 16. Jan. Heute begann der Prozeß gegen den Grafen Arco Valley wegen Ermordung Eisners. Arco erklärte bei seiner Vernehmung, er habe Eisner getötet, weil er in ihm den Führer des Bolschewismus erblickte, der den eben erkundenen Freistaat an den Bolschewismus verraten wollte.

Schwedischer Kredit.

Stockholm, 16. Jan. In der 2. Kammer wurde ein Antrag auf Bewilligung eines Kredits von 3 Millionen Kronen für Deutschland zum Einkauf frischer Perlinge an der schwedischen Westküste eingebracht.

Reichskanzler Bauer (fortfahrend): Alle, die hier in Hause sind, verdanken der tapferen Sicherheitswehr ihr Leben. (Lebh. Zust.) Wäre der Sturm geblüht, so hätten wir eine Bartholomäusnacht erlebt. Zwei Tote hat die Sicherheitswehr zu beklagen, ebenso einen Verletzten. Auf der Gegenseite betragen die Verluste 20 Tote und 50 bis 60 Verwundete. Wir gedenken auch ihrer mit Bedauern darüber, daß sie nicht die Verführer geopfert wurden. Wir hoffen, daß sie nicht umsonst gefallen sind, daß die deutsche Arbeiterschaft endlich der Abgrund erkennt, in den das deutsche Volk geführt werden soll. Jetzt wird offensichtlich die Gemeingefährlichkeit der „Partei der Diktatur des Proletariats“ dem Volk klar sein. (Lärm bei den U.S.) Wir stehen jetzt vor Angriffen der Unabhängigen und Kommunisten, die unser ganzes Wirtschaftsleben bedrohen. Das Wort „die Eisenbahnen haben die Hand an der Gurgel des Staats“ stammt von den Unabhängigen. Es ist verbrecherisch, die Not des Volks in dieser demagogischen Weise auszunutzen (Sehr richtig!) Sie wollen Kampf aller gegen alle auf den Trümmern des Reichs und die kommunistische Herrschaft aufrichten. Die Gesamtheit der Nation ist in ihrem Leben bedroht durch diese verbrecherische Agitation. Wir werden mit den schärfsten Mitteln dagegen vorgehen. Wir sind sicher, die ganze öffentliche Meinung hinter uns zu haben. Die Leute, die unser Volk in den Abgrund stürzen wollen, gehören hinter Schloß und Riegel.

Berichterstatter Schneider-Sachsen (D.d.P.) beendet seinen gestern begonnenen Bericht über die Ausschüßverhandlungen unter großem Lärm der Unabhängigen.

Präsident Fehrenbach: Ich halte es für angezeigt, im Interesse der ruhigen Verhandlung jetzt einem unabhängigen Sozialdemokraten das Wort zur Erwidderung zu geben. (Widerspruch rechts.) Die Mehrheit stimmt dem Vorschlag zu.

Abg. Henke (U.S.P.): Die Schuld allein hat die Regierung. Der Reichstag ist falsch orientiert und voreingenommen. Das Recht auf Demonstrationen läßt sich das Volk nicht nehmen. (Lachen.)

Preussischer Minister Heine: Es war nicht nur mein Recht, sondern meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten ungehindert das Haus betreten konnten. Die Sicherheitsbeamten haben mit unglauwblicher Mißbe und Geduld ihres Amtes gewaltet. (Sehr richtig.) Sie hatten Auftrag, von der Waffe nicht eher Gebrauch zu machen, bis das Haus selbst in Gefahr kam. Die Maschinen-gewehre waren nicht sichtbar aufgestellt, um jeden Vorwurf der Herausforderung zu verhindern. Der erste Schuß fiel von außen und verwundete einen Soldaten. Mit dem Märschen von dem zufälligen Losgehen eines Gewehrs kommen Sie uns nicht. Man hat gesehen, wie von der Kampe gewinkt wurde. Die Massen wurden angeleitet von Abg. Zubeil und Frau Jies. (Hör, hört! Aufse bei den Unabhängigen: Verleumdung! Frau Jies ruft: Der Reichstag gehört dem Volk, nicht der Sicherheits-polizei!) Minister Heine fortsetzend: Der Bericht der Freiheit selbst, der schon gedruckt war, als heute das Blatt verboten wurde, bestätigt, daß die Soldaten von der Menge zurückgedrängt und ihnen die Gewehre und Handgranaten abgenommen wurden.

Abg. Henke (U.S.P.) erhält unter lebhaftem Widerspruch der Rechten abermals das Wort. Er führt aus, daß Minister Heine die ganze Sache gemacht habe, um Zwangsmassnahmen gegen das Volk zu begründen. Es ist eine Lüge, wenn er behauptet, ich hätte den Tumult angezettelt.

Abg. Bender (S.) bittet, dem Betriebsrätegesetz eine solche Fassung zu geben, die dem Arbeiter eine Stellung in unserem Wirtschaftsleben einräumt. Die Unabhängigen hätten mit ihren beiden Stimmen im Ausschuß die Annahme mancher von uns bedauerter Anträge verhindern können, aber sie fehlten bei der Sitzung, stellten selbst keine Anträge, sie brachten sogar Verbesserungsanträge durch Stimmenthaltung zu Fall.

Abg. Schwarzer (Z.): Das Betriebsrätegesetz wäre auch gekommen, wenn wir keine Revolution gehabt hätten. Auch für die Landwirtschaft muß das Betriebsräte-gesetz Anwendung finden. Bedenken kann nur das Wahl-alter von 18 Jahren erregen, weil es auch politische Rück-schläge haben kann.

Abg. Weinhausen (D.d.P.): Die Agitation gegen das Betriebsrätegesetz geht über alles Maß hinaus. Die großen Errungenschaften der Arbeitnehmer werden völlig verschwiegen. Ausdrücklich beauftragt bin ich, das lebhafteste Bedauern meiner Freunde darüber auszudrücken, daß die Regierung ihr Versprechen, noch vor Weihnach-ten ein Gesetz über die obligatorischen Schieds-gerichte einzubringen, nicht gehalten hat.

Abg. Schiele (D.nat.V.): Im Hause ist noch kein Gesetz von so einschneidender Wirkung vorgelegt worden, wie dieses. Es hätte vollkommen genügt, mit der Einführung von Arbeitergemeinschaften und der weiteren Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse. Die jetzige Vorlage wird die Politisierung der Betriebe im Sinne der Kommunisten zur Folge haben. Mit dem Gesetz ist keine Partei zufrieden. Die Erfahrung mit den Betriebsräten im Bergbau sollte eine ernste Mahnung sein.

Reichsminister Schliche: Das Gesetz über die obli-gatorischen Schiedsgerichte konnte nicht vorgelegt werden, weil es reichlichere Durcharbeitung erfordert und alle Erfahrungen berücksichtigt werden müssen. Daß die Ar-beiterausschüsse kein Ersatz für das Betriebsrätegesetz sein können, beweisen die vielen Maßregelungen, denen die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dauernd ausgesetzt sind. Das Wirtschaftsleben kann nur gehoben werden durch Ar-beitersgemeinschaft. Diese Vorlage ist der erste Schritt dazu.

Abg. Böglner (D.B.): Das Gesetz ist durch politische Agitation hervorgerufen. Wie kann man angesichts dessen auf eine maßgebende Wirkung auf unsere wirtschaftliche

Lage hoffen? Wie müssen damit rechnen, daß so Pro-zent unseres Kohlenbedarfs in Zukunft ungedeckt bleiben. (Hör, hört!) Wo soll da die Wiederherstellung unseres Wirt-schaftslebens herkommen? Das Gesetz soll zurück zu einem Reichswirtschaftsrat überwiesen werden.

Abg. Dr. Geyer (U.S.P.): Der Rechten ist nur daran gelegen, daß das Gesetz im Reichswirtschaftsrat weiter verschlechtert wird. Die Regierung hat Bewirrung über den Rätegedanken in den Reihen der Arbeiterschaft erregt, um auf diese Weise deren Herrschaft zu erhalten. Die Betriebsräte dieses Gesetzes haben mit den Betriebs-räten in sozialistischem Sinne auf der Grundlage einer antikapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts gemein. Die Rechtssozialisten sind nur die Strohmannen der Reaktion.

Abg. Gandorfer (Bayer. B.): Wir lehnen das Gesetz ab. Hätten wir das Gesetz während des Kriegs auf dem Lande gehabt, so wären wir längst ver-hungert.

Damit schließt die Erörterung über den § 1. Die Ab-stimmung erfolgt morgen.

Abg. Frau Jies (U.S.P.) persönlich: Der Minister Heine hat mich der Aufreizung beschuldigt. Das ist eine schamlose Verleumdung. (Ordnungsruf.) Ich habe kein Wort zu den Demonstrationen gesprochen. (Zuruf: Ihr Erscheinen genügt!) — (Weiterer:) — Zubeil (U.S.P.) per-sönlich: Ich bestreite ebenfalls das mir zum Vorwurf gemachte aufreizende Vorgehen. — Braß (U.S.P.): Die Schießerei war grundlos, denn die Straße war fast leer. (1) — Minister Heine: Meine Zeugen sind mir glaub-würdiger als Herr Braß. — Hierauf wird die Weiter-beratung auf Donnerstag vormittag 10 Uhr vertagt. Schluß 8 1/2 Uhr.

Der Rücktritt des Reichsfinanzministers.

Berlin, 15. Jan. Die Zentrumsfraktion der Na-tionalversammlung hat dem Reichsfinanzminister Mayer, der „Germania“ zufolge, einstimmig ihr Vertrauen aus-gesprochen und ihn gebeten, sein Amt beizubehalten. Er dürfte einstweilen die Geschäfte des Reichsfinanzamts wei-terführen. Nach dem Beschluß des bayerischen Partei-tags aber und dem der Mehrzahl der Mitglieder der Baje-rischen Volkspartei wird sich Minister Mayer wohl kaum zu einer Aenderung seines Entschlusses verstehen.

Tauberhofsheim, 15. Jan. Bei Gelegenheit der hiesigen Zentrumsversammlung am Sonntag erklärte der bad. Finanzminister Dr. Wirth dem Schriftleiter des „Tauber- und Frankensboten“ gegenüber, der Austritt der Bayerischen Volkspartei aus dem Zentrum sei für die Stellung der Katholiken in Deutschland von außeror-dentlicher Bedeutung und werde auch im Ausland tiefen Eindruck machen. Für die Politik des Dr. Heine habe man aber in Baden kein Verständnis; sie könne in ihren Folgen die Reichseinheit gefährden. Die Lage der Zen-trumsfraktion in der Nationalversammlung werde sehr schwierig.

Die Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 15. Jan. Wie dem „Berliner Volksanzeiger“ mitgeteilt wird, sind in Eisen und in anderen Orten des Industriebezirks zahlreiche Führer der Unabhängigen und der Kommunisten festgenommen und das Erscheinen der unabhängigen und der kommunistischen Blätter ver-boten worden.

Leipzig, 15. Jan. Die Arbeiter der Eisenbahnwerk-stätte in Leipzig-Engelsdorf sind gestern vormittag in den Ausstand getreten, ebenso die Eisenbahnwerkstättenarbeiter in Zwickau. In einzelnen Privatbetrieben sollten gestern Abstimmungen stattfinden.

Aus dem Abstimmungsgebiet.

Eppeln, 15. Jan. In Begleitung des Leutnants Boorich traf gestern vormittag der französische Oberst Thomas in Eppeln ein, um mit dem Oberpräsidenten von Oberschlesien, Bitta, zu verhandeln. Die Besetzung Ober-schlesiens durch die Ententetruppen soll Ende ds. Mo. beginnen.

In der Heimat.

Rotterdam, 15. Jan. 500 aus Brasilien ausgewiesene Deutsche trafen gestern hier ein und reisten nach Deutsch-land weiter.

Hamburg, 15. Jan. Die Bürgerschaft hat für einen würdigen Empfang der heimkehrenden Kriegsgefangenen 500000 Mark zur Verfügung gestellt.

Wie du mir, so ich dir!

Berlin, 15. Jan. Wie verschiedenen Morgenblättern aus Flensburg berichtet wird, ging gestern nachmit-tag der französische Kreuzer „Marseillaise“ im Außen-hafen vor Anker. Er grüßte den englischen Admiral auf dem Kreuzer „Carysfort“ mit einem Salut von 13 Schuß. Vor ihm war bereits das deutsche Torpedoboot „B. 116“ eingetroffen, das die auf der Torpedoboots-tation Mürwik noch anwesenden deutschen Marine-mannschaften nach Kiel bringen soll. Als es in Sicht kam, gab das englische Admiralschiff den übrigen feindlichen Schiffen nach dem internationalen Signalfuch das Zeichen „Keine Begrüßung!“ Infolgedessen passierte das deutsche Torpedoboot auch die alliierten Kriegsschiffe ohne Gruß, aber unter den Klängen „Deutschland, Deutschland über alles“ und mit wehender Kriegsflagge. In Mürwik wurde „B. 116“ mit Hurra empfangen.

„Kritische politische Lage“ in Wien.

Paris, 15. Jan. Havas meldet: Auf Grund von Londoner Nachrichten aus Wien, die die dortige politi-sche Lage als „kritisch“ hinstellen, erhielten die Vertreter Frank-reichs und Englands Anweisungen, sobald sie es für nötig erachteten, zu erklären, daß jede Aenderung des Le-benden Zustands bei der britischen und der französi-schen Regierung ungünstige Beurteilung finden werde.

Das tschecho-slovakische Nationalitätengesetz.

Prag, 15. Jan. (Tschechosl. Pressebur.) Der Ver-fassungsausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung den ganzen

Verfassungsentwurf erledigt. Nach den Bestimmungen über den Schutz der nationalen, religiösen und Rassen-minderheiten sind alle Bürger ohne Ansehen der Ratio-nalität, der Religion oder der Rassenangehörigkeit gleich-berechtigt. In Staaten und Bezirken, in denen die heimi-sche Bevölkerung zu einem bedeutenden Teil eine an-dere Sprache als die tschechische oder slowakische spricht, wird den Kindern dieser Bürger zugesagt, daß sie den öffentlichen Unterricht in ihrer Sprache erhalten. Die Minderheiten werden für ihre Schulen Beiträge aus den Staats- oder den Gemeindebudgets oder aus anderen öf-fentlichen Fonds erhalten. Jeder Versuch einer gewalt-samen Entnationalisierung ist unzulässig und strafbar.

In Böhmen und Mähren sind Ueberschwemmungen ein-getreten.

Die Entente hat die Schuld.

Haag, 15. Jan. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington: Hoover erklärte vor dem Ausschuß des Re-präsentantenhauses, die europäischen Mächte (die Entente) seien verantwortlich für die Lage in Oesterreich, denn sie hätten Oesterreich gezwungen, einen Vertrag zu unter-zeichnen, der ihm das ganze Kärntnergebiet, aus dem es früher zusammengefaßt gewesen sei, raube. Hoover schlug vor, die Schwierigkeiten dadurch zu lösen, daß Oesterreich gestattet werde, sich Bayern anzuschlie-ßen.

Die Kriegsschuld Amerikas.

Haag, 15. Jan. Wie der „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, erklärte Staatssekretär Glah, daß die gesamten Kriegsschulden der Vereinigten Staaten in we-nigen Jahren getilgt sein würden. Die Nettoschuld betrug am 31. Dezember 25837 Millionen Dollar die lau-fende Schuld 3500 Millionen Dollar. Glah sagte, die Zukunft sehe glänzend aus.

Die Smyrnafrage.

London, 15. Jan. (Reuter.) Eine Blättermeldung aus Konstantinopel besagt, daß der Sultan krankheits-halber nicht in der Lage gewesen sei, die Kammer zu er-öffnen. Der Minister des Innern habe die Rede des Sultans vorgelesen, in der es heißt, Smyrna bilde einen untrennbaren Bestandteil des türkischen Reichs. (Smyrna ist von den Griechen besetzt.)

Aufstand in Syrien.

Paris, 15. Jan. Die aufständischen Araber in Syrien haben einen Preis auf den Kopf des Emir Faisal ge-setzt, weil dieser, wie es in dem Aufruf heißt, die arabi-sche Bevölkerung Frankreich ausgeliefert habe. Damas-kus, das von Aufständischen eingenommen worden war, ist wieder entsetzt worden.

Der Völkerrundrat.

Paris, 15. Jan. (Havas.) In der morgigen ersten Sitzung des Völkerrundrats wird im Namen Frank-reichs Leon Bourgeois, für Großbritannien Lord Curzon, für Griechenland Venizelos und für Bel-gien Doman sprechen. Folgende neutrale Staaten er-klärten Clemenceau ihren Beitritt zum Völkerrund: Spa-nien, Schweden und Dänemark, das sich glück-lich schätzt hinsichtlich der Wiedergutmachung des Unrechts, das ihm durch die Angliederung Schleswigs an Deutsch-land seinerzeit angetan worden ist. Die Zustimmung Nor-wegens ist ebenfalls sicher, doch ist die entsprechende Mit-teilung wegen Leitungsförmung noch nicht in Paris ein-getroffen. Brasilien wird im Rat des Völkerrunds durch Ruyss Barbosa vertreten sein.

Der Generalstreik in Frankreich abgelehnt.

Paris, 15. Jan. Die Vollversammlung des Gesamt-arbeiterbunds hat mit 110 gegen 22 Stimmen den An-trag auf Entfesselung des Generalstreiks abgelehnt.

Der Krieg im Osten.

Bukarest, 15. Jan. Die Telegraphenagentur Dacia meldet, daß die Bolschewisten Odessa eingenommen haben. Es scheint, daß die Bolschewisten mit Lettland Frie-densunterhandlung in Moskau führen wollen.

Neue Partei in England?

London, 15. Jan. Der Lordkanzler erläßt einen Aufruf zur Gründung einer neuen, nationalen Partei, die als Mittelpartei (Zentrum) gedacht ist. Lloyd George soll die Gründung als eine Notwendigkeit bezeichnet haben.

Weltkonferenz der Zionisten.

Amsterdam, 15. Jan. Gestern begann hier die Welt-konferenz der jüdischen Zionisten (Mizrache). Aus Euro-pa, Amerika und Palästina sind Abgeordnete einge-troffen.

Washington, 15. Jan. (Havas.) Zwischen den Ei-senbahnern und den Eisenbahnergewerkschaften wurde ein Uebereinkommen unterzeichnet, dem zufolge den Eisen-bahnern während einer gewissen Zeit die allgemeine Auf-sicht über die Eisenbahnen zugebilligt wird.

Die Zukunft der bayerischen Königsschlösser.

Die im ersten Aufwallen der Revolution bekundete Absicht, auch die bayerischen Königsschlösser Herren-schiemsee, Lindberhof und Neuschwanstein zu Ruhezwecken zu verwenden, Sanatorien aus ihnen zu ma-chen, kann als beseitigt gelten. Nicht ideale Gründe ob-der Respekt vor diesen weltberühmten Kunstschöpfungen haben den Ausschlag gegeben, sondern die Erkenntnis, daß die Herrichtung dieser Schlösser mit Heizeinrichtung se-ber Kosten würde, als zweckmäßige Neubauten.

Man hat auch den wirtschaftlichen Wert der König-schlösser erkannt, deren Besichtigung seit dem Tod Lu-dwig II., also während 33 Jahren sich in wachsendem Maß als wirtschaftlicher Faktor ersten Rangs für das baje-rische Hochland erwiesen hat. Es ist das internationale Reiseziel geworden, was es seiner landschaftlichen Reize wegen allein niemals geworden wäre.

Die bayerischen Königsschlösser, deren Unterhalt die Eintrittsgelder allein nicht decken würden, werden als einzigartige Museen an sich und ohne Zutat erhalten blei-ben. Die Eigentumsfrage ist noch ungeklärt. Aus der Hinterlassenschaft Ludwigs II. sind keine Schlösser in den

Privatbesitz seines Bruders, des Königs Otto, übergegangen, von König Ludwig III. aber aus Ehen vor der Veräußerung nicht übernommen, sondern der Zivilisten, dem jetzigen Kronrat zugeeignet worden und so mit in die Auseinanderlegung einbezogen, die zwischen dem Staat und dem Könige noch immer im Gange ist.

Die Münchener Residenz, die einst als Weltwunder galt und durch die Barockausstattung und das Rokoko aus der Zeit des Kurfürsten und späteren Kaisers Karl VII. ein Kunstdenkmal ersten Ranges geworden ist, wird durch Öffnung der Trierzimmer, aus der Zeit des Kurfürsten Max Emanuel I., den Hofgartenzimmern von der Wende zum 19. Jahrhundert, der vom Prinzenregenten Luitpold bewohnten Steinzimmer im Stil der Epoche Max Emanuel I., der Reichen Zimmer, der Päpstlichen Zimmer, der Kurfürsten-Zimmer und des noch nie gezeigten Königsaales und mit ihrem großartigen Antiquarium ein Museum werden, das in der Welt seinesgleichen nicht hat.

In der Ernennung eines besonderen Museumsdirektors für das Krongut ist bis jetzt eine Gewähr für die unangefassten Erhaltung der bayerischen Königschlösser zu erblicken. Die mit einer Amtswohnung in der königlichen Residenz verbundene Stelle ist dem bisherigen Konservator am Bayerischen Nationalmuseum, Professor Dr. Friedrich Hoffmann, übertragen worden, einem gebürtigen Bayreuther, der an den Rokokoschlössern aus der Brandenburger Hofzeit in Aussenbach und Bayreuth gearbeitet hat.

Außer diesen Schlössern hat Bayern als herrliche Vorbilder für das wiedererwachte Interesse am Barock und Rokoko die Würzburger Residenz mit ihrem köstlichen Abteiler in Veitshöchheim, die Residenz in Bamberg, dem Schloß in Achaffenburg und dem fast vergessenen Schloß Fürstentrieb bei München, das, an sich unhygienisch und nur in seinem oberen Stockwerk benutzbar, ein prächtiges Baudenkmal des Barock ist, dessen Verhinderung zu einem Tuberkulose-Sanatorium nun hoffentlich ebenfalls unterbleibt. Die Residenz in Landsbut, ein vollkommen italienisches Hochrenaissancewerk mit der auf Bergeshöhe stehenden Trausnitz, der alten bayerischen Herzogsburg, sind durch ihren historischen Charakter, wie ihre ganze bauliche Eigenart schon vor vieljährigen Zugriffen geschützt.

Baden.

Karlsruhe, 15. Jan. Bei den Besprechungen zwischen Vertretern des Finanzministeriums und dem bad. Beamtenbund, dem Bad. Eisenbahnerverband und den Gau Baden des Vereins des deutschen Verkehrsperonalen die fast den ganzen gestrigen Tag in Anspruch nahmen, wurde eine Einigung über die Erhöhung der Zulagen für Gehälter und Löhne erzielt. Das Finanzministerium wird dem Landtag eine entsprechende Vorlage machen. Auch der Arbeiterlandesausschuß war zu den Beratungen zugezogen.

Müngolsheim b. Bruchsal, 15. Jan. Infolge plötzlichen Austretens eines kleinen Mühlbaches wurde der ganze Bahnhof und das Bahngelände unter Wasser gesetzt, so daß der Eisenbahnbetrieb auf der Strecke Karlsruhe-Weidenberg vollständig unterbrochen wurde. Mehrere Bäche wurden über Schwelmen geleitet.

Wertheim, 15. Jan. Tauber und Main führen derartiges Hochwasser, daß ein Teil der Stadt überschwemmt wurde. Ebenso stehen die Kohlenlager unter Wasser.

Freiburg i. Br., 15. Jan. Die philosophische Fakultät der Universität Freiburg hat die Akten in der Disziplinäruntersuchung gegen den früheren Privatdozenten Dr. Veit Valentin veröffentlicht. Valentin hatte nach einem Privatklageverfahren des Münchener Professors Hofmann gegen ihn im Sommer 1917 einen Vergleich schließen müssen, der für Valentin sehr ungünstig war, und es wurde ihm dann nahe gelegt, auf seine Lehrtätigkeit an der Universität zu verzichten. Daraus war der Fakultät der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht worden. Prof. Nachfahr stellt nun auf Grund der Akten fest, daß die Fakultät durchaus nicht ihre Befugnisse überschritten und alle politischen Beweggründe streng ausgeschlossen habe.

Freiburg i. Br., 15. Jan. Das Hochwasser der Schwarzwaldflüsse ist im Abnehmen begriffen. Im Verein mit einem mehrere Tage anhaltenden orkanartigen Sturm hat das Hochwasser überall empfindlichen Schaden angerichtet. Besonders schweren Schaden haben die Waldbestände erlitten; der Sturm legte ganze Parzellen um. Mit der wiederergetretenen Kälte ist auch mit einem Nachlassen der Niederschläge zu rechnen. Die Temperatur ist seit gestern abend von 14 Grad über Null auf 6 Grad unter Null gefallen.

Souaueschingen, 15. Jan. Das Bächereyer Nied war in den letzten Tagen wieder in einen wild schäumenden See verwandelt.

Billingen, 15. Jan. Bei den Stürmen der letzten Tage wurde in der Nähe von Unterkirnach ein ganzer Waldabhang vom Sturm umgerissen.

Konstanz, 15. Jan. Wie die „Konstanzer Nachrichten“ mitteilen, ist die Errichtung einer eigenen badischen Dampfschiffahrtsinspektion in Konstanz nunmehr gesichert.

Konstanz, 15. Jan. Die Oberbadische Metzgergenossenschaft verlangt, daß die Kochfleischsammlung ihr übertragen werde, während sie das gesammelte Fett an die Kommunalverbände weiter besorgen würde.

Nebenschadlings-Bekämpfung. In der Weinbau-Versuchsanstalt zu Weinsberg wird vom 18.-28. Februar ds. Js. ein Kurs für Weingärtner über Nebenschadlings-Bekämpfung und Weingärung abgehalten. Vom 15.-27. März findet dort ein Kurs über Obst- und Weinweibereitung statt.

Württemberg.

Stuttgart, 15. Jan. (Stromeinschränkung.) Die Stadt-Elektrizitätswerke haben die Stromabgabe jetzt allgemein auf ein Viertel eingeschränkt. Vergütungs-Erträge erhalten am Samstag und Sonntag die Hälfte des

arbeitsfähigen Stromverbrauches im Dezember, an den übrigen Wochentagen keinen Strom. Gewerbebetriebe, soweit sie Strom brauchen, dürfen nur an drei Tagen arbeiten. Das Landes-Theater stellt den Betrieb ein mit Ausnahme des 16. Januar. Der Straßenbahnbetrieb wird noch weiter eingeschränkt. Die Verschärfung war notwendig, weil bis jetzt keine Kohlen zu erlangen waren.

Stuttgart, 15. Jan. (Die Weinstockpreise.) Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Landtags wurde am Mittwoch eine Entscheidung über die Höchstpreise von Wein getroffen. In der Verordnung des Ernährungsministers lagen Anträge der Bürgerpartei und einiger Mitglieder der D. dem. Partei vor, die eine Aufhebung der Verordnung und eine Erhöhung der Höchstpreise um 300 Mark und damit eine Aufhebung der Beschlagnahme und der ausgesprochenen Strafen zum Ziel hatten. Diese beiden Anträge wurden vom Zentrum und der Sozialdemokratie mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Annahme fand ein Antrag Sperka (S.)-Locher (B.), durch den eine Erhöhung um 150 Mark für den Eimer bewilligt, die Beschlagnahme aufgehoben und die Strafen nachgelassen wird unter der Voraussetzung, daß die überschüssigen Beträge zurückbezahlt werden und die Steuer entrichtet wird.

Stuttgart, 15. Jan. (Landwirtschaftliche Arbeitslöhne.) Zwischen den Organisationen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde ein neuer Tarif aufgestellt. Für Arbeiter und Diensthilfen ohne Verpflegung wurden die Löhne um 70 Proz. und mit Verpflegung um 40 Proz. ab 1. Januar 1920 erhöht. Außerdem wurde die Altersgrenze mit dem Höchstlohn von 23 auf 20 Jahre heruntergesetzt. Für die verheirateten Arbeiter sollen Naturalien gewährt werden, deren Menge und Preis eine Kommission festsetzen wird. Die Vereinbarungen werden vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses des landw. Hauptverbands getroffen. In den nächsten Tagen wird eine Neufestsetzung der Löhne für die Waldarbeiter erfolgen.

Stuttgart, 14. Jan. (Leichenfund.) Unter merkwürdigen Umständen ist Anfang Dezember in Gablesberg ein 12jähriger Knabe verschwunden. Am Mittwoch wurde nun im Neckar bei Mäntler die Leiche gefunden.

Untertürkheim, 15. Jan. (Ueberfall.) Auf dem Weg nach Cannstatt wurde ein Frau von zwei jungen Burken angefallen und ihrer Barchost beraubt. — In Untertürkheim ertrank das 6jährige Töchterchen des Schlossers Benz im Neckar.

Wempflingen, 15. Jan. (Brand.) Infolge Warmlaufens des Motors ist die Sägmühle von Julius Groß mit reichen Holzvorräten niedergebrannt.

Göppingen, 15. Jan. (Tumult.) Nach einem Beschluß des Kartells der hiesigen Vereinigten Gewerkschaften wurden am Mittwoch nachmittags 1/4 Uhr sämtliche Fabrikbetriebe geschlossen. Die ganze Arbeiterschaft versammelte vor dem hiesigen Rathaus eine Kundgebung, an der weit über 1000 Arbeiter sich beteiligten. Eine Abordnung erschien im Rathausaal. Von den Gewerkschaftssekretären Seebacher und Santer wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Schaffung einer aus Mitgliedern des Gemeinderats und den Vereinigten Gewerkschaften zusammengesetzten Verteilungskommission; 2. Nachlieferung der in voriger Woche zu wenig zugeleiteten Fleischmengen; 3. Reichlichere Beschaffung von Mehl; 4. Entziehung der Schlüsselverwaltung der Nahrungsmittelräume für Hausmeister Geiger; 5. Entfernung des Stadtschultheißenamtssekretärs Speidel von seinem Amt; 6. Direkte Abgabe der Reichsmaschinenwaren. Im Lauf der Verhandlungen drang eine Masse von Arbeitern, vornehmlich junge, in das Rathaus, so daß der Stadtvorstand die Sitzung unterbrechen mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verwarf die Arbeiterordnung, dem Drängen der Masse nachgebend, ihre Forderungen. Sie verlangte nicht nur stürmisch die Auslieferung Speidels, sondern auch die sofortige Absetzung des Polizeikommissars Baur und des Hausmeisters Geiger. Der Gemeinderat hat angesichts der bedrohlichen Haltung der Menge die Erfüllung der Forderungen zugesagt.

Trossingen, 15. Jan. (Hauseinsturz.) Infolge eines orkanartigen Sturmes stürzte in der Nacht auf Dienstag ein Wohnhaus in der Schmitterstraße zusammen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Vor der Katastrophe. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Kohlentransporte nach Württemberg von der Ruhr her nun vollständig aufgehört haben. Die Kohlenausgleichsstelle Mannheim hat telegraphisch mitgeteilt, daß infolge Eisenbahnstreichs die Zufuhr vom Posen und der ganze Streckenverband ruht. Dadurch werden die Licht- und Kraftwerke, ebenso die Industriebetriebe mehr und mehr zum Erliegen kommen. Auch für die Nahrungsmittelversorgung (Bäckerleien) ergeben sich ernste Zustände. Die Landesbrennstoffstelle hat Maßnahmen getroffen, um die Lebensmittelbetriebe sicherzustellen. Die Industrie wird allerdings vollständig von Kohlen entblößt werden. Auch die Versorgung der Weilanlagen mit Brennstoffen ist aufs Schwerste gefährdet.

Zwischensekretär. Das würt. Kultusministerium hat die Abhaltung eines weiteren Zwischensekretärs in Tübingen, diesmal auf Medizinischer beschränkt, und dieses für die Zeit vom 1. Februar bis zum Beginn des Sommerseminars, Mitte April, genehmigt.

Verzögerung in der Abbeurkundung der Kriegsgefangenen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind aus Frankreich noch keine Anforderungen von Eisenbahnmateriale ergangen. Von deutscher Seite sind Vorkehrungen getroffen, daß täglich 12000 Gefangene heimtransportiert werden können. Die Franzosen haben sich bereit erklärt, die Abbeurkundung auf dem Seewege vornehmen zu lassen, falls wir das nötige Schiffsmateriale zur Verfügung stellen. Vertreter der Eisenbahn- und Marineverwaltung sind zu Besprechungen nach Paris abgereist.

Das milde Wetter. Den Landwirten macht das milde Wetter der Jahreswende bange Sorge. In den Kreisen der angebauten Getreidepflanzen stehen die Wälder fallen die Kulturen. Die Pflanzen können

auswachen blühen das Wachsen an, ein Zu-
wachslich beim Wachsen schweben von ver-
ursacht. Auch die Wiesen grünen schon. Im Jahr 1882
war das Wetter um diese Zeit ähnlich und darauf folgte
ein Fehljahr.

Für Schokolade sind die Höchstpreise aufgehoben worden, es gelten nur noch gewisse Richtpreise.

Falsche 50 Mark-Scheine. Seit kurzer Zeit sind falsche rotfarbene Reichsbanknoten mit dem Datum des 21. 4. 1910 im Verkehr. Sie sind besonders daran kenntlich, daß die Riffelung des Papiers fehlt. Die Faserstreifen sind oberflächlich durch eine gelbliche Tönung des Papiers nachgeahmt. — Falsche 50 Marknoten vom 30. Nov. 1918 sind in größerer Zahl beim Postamt in Friedrichshafen eingezahlt und angehalten worden. Die Fälschungen sind gut gelungen, sie sind aber ohne Wasserzeichen auf gewöhnliches weißes Papier gedruckt.

Funkstation. Beim Postamt in Friedrichshafen ist eine Funkstation für Privattelegramme in Betrieb gesetzt worden. Die Station vermittelt auch Durchgangstelegramme von Nord und West nach dem Süden (Staaten bei Berlin, Leipzig, Köln, Darmstadt, Frankfurt, Konstanz) und umgekehrt. Die nächsten Stationen sollen München und Stuttgart sein. Der gewöhnliche Telegrammverkehr wird dadurch eine wesentliche Entlastung erfahren.

Vom Sturm gefällt wurde die mehr als 800 Jahre alte Ulrichslinde in Dehlingen bei Neresheim, deren Stamm drei Männer nicht umspannen konnten.

Telegrammbeförderung durch Flugzeug. Die Oberpostdirektion in Berlin ließ am Mittwoch 3400 Telegramme sowie Briefpost für Holland durch ein Flugzeug nach Gelsenkirchen bringen. Die Leitungen sind noch immer gestört.

Schifffahrt. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft wird den Verkehr mit Brasilien demnächst mit gemieteten Schiffen aufnehmen.

Teure Fahrten. Die Berliner Kraftdroschken verlangen für den ersten Kilometer 5 Mark, für jeden weiteren Kilometer 2.50 Mark.

Ueber Bord. Bei dem heftigen Sturm und dem hohen Seegang im Kermelkanal wurden am Mittwoch 5 Reisende des Postdampfers zwischen Dover und Ostende von den Wellen über Bord gespült und sie ertranken. Viele Reisende erlitten Verletzungen. — Bekanntlich hat auch Clemenceau i. J. bei einer stürmischen Ueberfahrt eine Rippe gebrochen.

Raub. Vier Banditen überfielen bei Lantahütte (Schlesien) einen Wagen, der Lohngeher führte. Der Rechnungsführer wurde getötet, der deutsche schwer verletzt. Den Räubern fielen 350000 Mark in die Hände.

Erdbeben. Havas meldet, daß das 3000 Einwohner zählende Dorf San Joachim in der Provinz Veracruz (Mexiko) am Mittwoch morgen durch ein Erdbeben zerstört worden ist.

Lokales.

Geimkehr der Gefangenen. In der Nacht zum Donnerstag wurden in der Uebernahmestelle Offenburg die ersten Gefangenen aus Südbankreich erwartet. Wöchentlich sollen 6 bis 7000 Mann eintreffen. Die Gefangenen werden in das Uebernahmestlager Eglosheim (Ludwigsburg) weitergeleitet.

Am 24. Januar sollen 54 Offiziere, 400 Mannschaften und 1241 Zivilgefangene, darunter 64 Frauen und 65 Kinder aus Indien in Rotterdam eintreffen.

Neue Posttariferhöhung? In Berlin finden Beratungen über eine neue Erhöhung des Posttarifs ab 1. April statt.

Papierholz. Von Württemberg und Baden sollen etwa 2500 Festmeter Holz für Zeitungspapier sofort aufgebracht werden.

Höchstpreise für Bier. Der Stammwürzegehalt von Bier wird auf mindestens 3 % (bisher 2 %) erhöht; es wird auch gestattet, Bier bis zu 4,5 % Stammwürzegehalt zu brauen. Der Herstellerpreis für 100 Liter beträgt 61 Mark (Fahbier), 43 Pfg. für eine 0,5 l.-Flasche und 60 Pfg. für eine 0,7 l.-Flasche. Der Auskankhöchstpreis beträgt für 1 Liter 1 Mk., 1/2 Liter 60 Pfg., 1/4 Liter 35 Pfg., 0,3-0,35 Liter 40 Pfg., 0,4 Liter 50 Pfg. Die Halbliterflasche im Strakenverlauf kostet 50 Pfg., 0,7 Liter 70 Pfg. Beim Bierauskank im Saal darf bei besonderen Veranstaltungen ein Zuschlag von 5-10 Pfg. erhoben werden.

Zugseinstellung. Vom 15. Januar ab sollen die Büge D 4 (ab 11m 2.58 nachm.) und D 53 (ab Stuttgart 5.10 nachm.) zwischen München und Ulm aus-

Hochwasser. Am Sonntag früh wurde auf der Streck. Bittersbach-Gas (Schlesien) der Eisenbahndamm vor dem Königswalder Tunnel vom Hochwasser eingerissen. Zwei Häuser wurden zerstört. Die Reisenden mußten den Tunnel zu Fuß umgehen.

Aus Bad Rissingen wird gemeldet: Infolge Hochwassers ist die ganze Saale-Gegend überschwemmt. Weite Stadtteile stehen unter Wasser. Die Ueberflutung erreicht fast den Stand derjenigen von 1909. Die „Saale-Zeitung“ konnte nicht erscheinen.

Sonntag Nacht ging im Taunus unter heftigem Sturm ein wolkenschauerartiger Regen nieder. Das Hochwasser richtete großen Schaden an. Das Vieh konnte nur mit Mühe gerettet werden. In Dornburg drangen die Wassermassen in die Unterführung zum Bahnhof ein und überfluteten auch die Fahrplattenshalter. Aus den umliegenden Ortschaften werden Ueberflutungen gemeldet.

Ueber das Hochwasser im Lahntal wird aus Marburg gemeldet: Das Gas- und Elektrizitätswerk stehen unter Stadt und ein großer Teil Oberhessens ohne Licht sind. Von der Ueberlandzentrale Lollar sind 18 eiserne Masten der Hochspannungsleitung umgerissen worden, so daß diese und ein großer Teil Oberhessens ohne Licht sind.

Wildbad.

Sitzung des Gemeinderats

am Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 5 Uhr

Tagesordnung:

1. Wahl von 8 Mitgliedern des Bezirksrats.
2. Fortsetzung der Tagesordnung vom 13. ds. Mt.
3. Besuch der Lehrer der Allgemeinen Fortbildungsschule um Erhöhung ihrer Belohnung.
4. Genehmigung des mit den Erben des Sanitätsrats Dr. De Ponte im Zwangsenteignungsverfahren abgeschlossenen Vergleichs.
5. Erhöhung der Belohnung des Brunnenmeisters.
6. Antrag des unabh. sozialdemokr. Vereins Wildbad auf Uebernahme der Anschaffung sämtlicher Lehr- und Lernmittel auf die Stadtkasse.
7. Verschiedenes.

Nährmittel für Säuglinge u.

In der Apotheke wird abgegeben: An Kinder bis zu 1 Jahr:

5 Pakete Gerstenmehl a 65 Pfg.

2 Pakete Haserflocken a 65 Pfg.

1 Dose Malzextrakt zu 2 60 M.

Gleichzeitig erhalten Wöchnerinnen bis zu 6 Wochen, Kranke auf Grund ärztl. Zeugnisses und Personen über 65 Jahren, Haserflocken, soweit Vorrat reicht.

Städt. Lebensmittelamt.

Kundenlisten für Metzger.

Die Kundenlisten der Metzger werden am Montag, den 19. Jan. neu ausgestellt.

Es müssen sich sämtliche Fleischversorgungsberechtigte neu anmelden, da sie sonst in der laufenden Woche kein Fleisch erhalten.

Städt. Lebensmittelamt.



Fußballverein Wildbad

Mitglied des Verb. Südd. Fußballvereine.

Montag, den 19. Januar 1920
abends 8 Uhr

im Saale der „Alten Linde“

außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: Vereiniung.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Ausschuf.



Sportklub

„Leicht-Athletik“

Wildbad.

Montag, den 19. Januar 1920
abends 8 Uhr

im Saale der „Alten Linde“ außerordentliche

General-Versammlung

Tagesordnung: Verschmelzung.

Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Militär-Verein Wildbad.

(Verein ehem. Soldaten und Kriegsteilnehmer)
— Gegründet 1879. —

Sonntag, den 18. Januar 1920
nachmittags 2 1/2 Uhr

findet im Lokal des vermissten Kameraden Köhler zum „Palmengarten“ die

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

- 1) Statuten- und Namensänderung
- 2) Fürsorgetätigkeit für Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte
- 3) Rechenschaftsbericht
- 4) Neuwahlen.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bittet alle Kameraden um vollzähliges Erscheinen

Der Vorstand: August Bechtle.

Obacht!

Kaufe ganze und zerbrochene künstliche

Gebisse

zahle per Zahn von 2—10 Mark.

Platin- und Brennstifte
zu höchsten Preisen.

Bin Sonntag, den 18. Januar in Wildbad, Hotel „Palmengarten“ Zimmer No. 5 von 10—4 Uhr.

Nonnenmih, den 17. Januar 1920.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Vaters

Joh. W. Seyfried

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtkar, den erhebenden Gesang des Herrn Lehrer und Schüler, sowie den Herren Trägern, auch für die vielen Blumenpenden und die Begleitung zur letzten Ruhestätte sagen herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kaufe

Gold- u. Silbermünzen

und zahle für ein 1 Markstück 6 Mark

„VICTOR“ 20 „ 220 „

„VICTOR“ REHM, Pforzheim.

Achtung! Achtung!

Transportarbeiter

Dienstleute, Fuhrleute, Kutscher, Bergbahnschaffner, Platzarbeiter Hausdiener, Portiers und Fahrstuhlführer.

Am Sonntag, den 18. Januar 1920
nachmittags 3 Uhr

findet im Gasthause zur „Eintracht“ eine öffentliche

Versammlung

Tagesordnung:

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe.

Referent: Kollege Huber, Pforzheim.

Kollegen! Erscheint alle in der Versammlung.

Der Einberufer.

Sozialdemokr. Partei Wildbad.

Sonntag, den 18. Januar 1920
nachmittags 2 Uhr

findet im Lokal zum „Babischen Hof“ die

General-Versammlung

Tagesordnung:

- 1) Rechenschaftsbericht
- 2) Neuwahlen
- 3) Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bitten wir sämtliche Genossen und Genossinnen um vollzähliges Erscheinen.

Der Ausschuf der sozialdem. Partei Wildbad.

Fabrikarbeiterverband Deutschlands.

Am Sonntag, den 18. Januar
nachmittags 3 Uhr

findet im Gasthaus zum „Hirsch“ unsere erste

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Kassiers
2. Neuwahlen des Gesamtverbandes
3. Gauleiter Wöckner wird zu der Versammlung erscheinen und etwaige berechnigte Anträge der Kollegen entgegennehmen.

Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeitskräfte gesucht.

Eine leistungsfähige Bijouteriefabrik beabsichtigt in städt. Zigarrenfabrikgebäude eine Filiale zu errichten und sucht hiezu bis 200 männliche und weibliche Arbeitskräfte (auch Kriegsbeschädigte) gegen gute tarifmäßige Bezahlung. Anmeldungen wollen auf dem Meldeamt gemacht werden. Wildbad, den 17. Januar 1920.

Stadtschultheißenamt: Baegner.

Ein gutgehendes Radengeschäft

mit oder ohne Inventar zu mieten gesucht.

Angebote unter V. 13 an die Exped. ds. Bl.

Suche

Gasthaus, Weinstube, Pension oder Cafe zu pachten.

Gest. Angebote unter C. 14 an die Expedition ds. Bl. erb.

Kaufe alte Gebisse zu noch nie dagewesenen hohen Preisen.

Gold- u. Silbergeld zahle für 1 Mark = 5 M.

„ 2 „ = 10 „

„ 3 „ = 15 „

„ 5 „ = 25 „

300 M. Gold = 100 „

Zwang. Mt. = 200 „

Komme nach dorten und erbitte sofortige Adressenangabe an: Fr. A. Wolf, Pforzheim Alt-Kirchenweg No. 12.

Verloren

ging auf der Straße von der Ziegelhütte bis zum Bahnhof am Samstag morgen eine

Taschen-Uhr

samt Kette.

Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe, da es ein Andenken eines Gefallenen ist, gegen sehr gute Belohnung bei der Exped. ds. Blattes abzugeben.

Wildbad.

Beleuchtungskörper,

Glühlampen,

Taschenlampen

mit Akkumulator

Elektr. Bügel- u.

Koch-Apparate,

Glühplatten,

Heiz-Kissen

und sonstige Schwachstrom-Artikel alles

prima Ware zum grössten Teil Friedens-Ware

empfiehlt 697

Carl Hartmann

elektr. Installation

u. mech. Werkstatt

Wildbad.

Bettmässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Versandhaus Wohlfahrt, München 111 Nabellstraße 12.

Schuhwaren

werden mit jedem

!! Tag teurer !!

Die ungeheure Verteuerung der Rohwaren

infolge der schlechten Valuta bringt neben dem Mangel an Häuten und Fellen die gewaltige immer fortschreitende Verteuerung der Schuhwaren mit sich.

Durch rechtzeitige günstige Abschlüsse bin ich in der Lage, einfache bis feinste Schuhwaren in jeder

Größe pr. soweit zu liefern.

Genieße große Posten selbstgefertigter Lederstiefel für Herren, Damen, Knaben, Mädchen

und Kinder.

Reparaturen prompt und billig

NB. Alte Lederschuhe, welche nicht mehr befohl

werden können, werden die Schäfte ausgebessert und mit

Bellholzföhlen wieder in Stand gesetzt.

Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.

Deutsche demof. Partei
Montag, 19. Januar
abends 8 Uhr

Ausschussitzung

in der „Silberburg“.

Wegen Dringlichkeit vollzähliges Erscheinen notwendig.

Gv. Gottesdienst

Sonntag, 18. Januar.

9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

10 1/2 Uhr: Freiw. Sonntagschule.

Nachm. 1 Uhr Christenlehre für die Söhne | Stadtkar Josef.

2 Uhr Bibelstunde: Stadtkar Josef.

Ev. Jünglingsverein

Sonntag abend 8 Uhr.

Kath. Gottesdienst.

Sonntag, 18. Januar

10 1/2 Uhr Amt.

Montag keine hl. Messe, an den übrigen Wochentagen 7 1/2 Uhr hl. Messe.

Beichte: Samstag von 3—5 Uhr.

Kommunion: Sonntag 10 1/2 Uhr, an den Wochentagen bei der heil. Messe.

Roventohi

rote Rüben

Rotkraut

empfiehlt B. Si uer.

Rheumatismus

Gebe kostenfr. Auskunft wie Sie in 8—10 Tagen davon befreit werden.

P. Rensch, Karlsruhe

i. B., Seminarstrasse 7.

Rheumato erbeten.

Lesen!

Füchse 380.- M. u. mehr

Marder 380.- „ „

Katzen 20.- „ „

Kanin 4.- „ „

Feldhasen 10 Mk.

Maulwurf weissleder 5 Mk.

Eichhorn 2 Mk.

Obige Preise bezahle jetzt für gutbehandelte Winterfelle.

Alle anderen Felle auch im Preis gesteigert.

E. Maishofer

Moderne Tierausstopferei

Pforzheim Lindenstr. 52

Telephon 1501. 1976

Schießverein

Wildbad.

Sonntag, 18. Januar

von nachm. 2 Uhr an

Übungschießen

Das Schießmehl raum.

Für Weltkrieger

ersten Ranges suchen wir Ober-Beauftragte, Vorsteher, Kinder auch Frauen.

Forme, 100. 100. 100. 100.

Einvernehmlich S. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.

100. 100. 100. 100.